

// NR. 1-2023 // ISSN 1615-5017



# Aktiver Ruhestand

Herausgegeben vom **Fachbereich Seniorenpolitik**  
der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (**GEW**)  
Landesverband Baden-Württemberg



[www.gew-bw.de](http://www.gew-bw.de)

## 2 INHALT

- 3 Auf ein Wort
- 4 Nachruf
- 4 50 Jahre in der GEW
- 5 Kurz notiert
- 7 Seminare
- 9 Betreuungsrecht
- 10 Trauriges Jubiläum
- 12 Buchbesprechung (Erhard Jöst: Mützenbaum)
- 13 Eugen- Rombach-Tage 2022: Verschwörungstheorien
- 14 Seniorenmitwirkung in BW
- 15 Mooratlas 2023

### Impressum

Aktiver Ruhestand, herausgegeben vom Fachbereich Seniorenpolitik der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Baden-Württemberg.

**Redaktion:** Barbara Haas, Beatrix Boestel, Erwin Trunk und Roland Jost

**Anschrift:** Barbara Haas, Wolfsbergallee 59, 75177 Pforzheim, Tel. (07231) 359055,

**E-Mail:** barbara.haas@gew-bw.de

**Verlag:** Süddeutscher Pädagogischer Verlag (SPV), Silcherstraße 7a, 70176 Stuttgart, Tel. 0711 21030-70,

**Gestaltung:** Alexandra Winter, DruckSache

**Druck:** GO Druck Media GmbH & Co. KG, Einsteinstraße 12-14, 73230 Kirchheim unter Teck

Herausgeber und Redaktion übernehmen keine rechtliche Verantwortung für die Angaben und Empfehlungen in dieser Publikation. Diese Informationen erscheinen regelmäßig (eine Ausgabe im Quartal).

Preis des Einzelexemplars: 1 Euro zzgl. Porto. Der Bezugspreis ist mit dem Mitgliedsbeitrag zur GEW Baden-Württemberg abgegolten.

Die Redaktion dankt für alle Zuschriften. Leider können nicht alle abgedruckt werden. Sie sind aber jederzeit willkommen unter [barbara.haas@gew-bw.de](mailto:barbara.haas@gew-bw.de) oder der Postadresse. AR

**Titelbild:** Anne Jenter: Lost places

**März 2023**

## Auf ein Wort



### Liebe Kolleg\*innen,

die Situation unserer Krankenhäuser ist derzeit sehr im Gespräch: Das ganze Gesundheitssystem entspricht nicht mehr unseren Vorstellungen und Gewohnheiten, vor allem Kinder und ältere Menschen sind betroffen von Fachkräftemangel, Mangel an Medikamenten und der Krankheitssituation der Pflegekräfte.

Ich hatte in den letzten Wochen das zweifelhafte Vergnügen, eigene Erfahrungen zu machen, die mich mehr als bestürzt haben.

Nach einem Unfall verbrachte ich eine Nacht sechs bis sieben Stunden in der Notfallambulanz einer städtischen Klinik, bis ich endlich auf Station gebracht wurde. Die Ambulanz war vor Mitternacht heillos überfüllt, das Personal dort schien überfordert. Der Arzt machte seine Sache gut, er klärte mich in der Nacht noch über das weitere Procedere auf.

Zehn Tage im Krankenhaus waren geprägt von immer wieder wechselndem Pflegepersonal, das auch oft kleine Bitten gehunfähiger Patient\*innen vergaß.

Kleinigkeiten: Der Fernseher (Baujahr Anfang der 2000er) war kaputt und musste ausgetauscht werden. Es dauerte Tage, bis mir jemand einen Kopfhörer beschaffen konnte, den ich zum Hören benötigte.

Die Nachbarinnen im Zweibettzimmer wechselten ständig, da sie kurz nach ihrer OP wieder nach Hause oder gleich in die Reha entlassen wurden, Physiotherapeut\*innen waren ständig krank. Eine demente Mitpatientin störte den Betriebsablauf so, dass ich annehmen musste, dass das Pflegepersonal keine Schulung im Umgang mit dementen Personen erfahren hatte.

Ich habe in zehn Tagen ausschließlich ältere Patientinnen gesehen.

Ich schließe daraus, dass unsere Krankenhäuser derzeit nicht dem Ansturm der wachsenden Gruppe älterer Menschen gewachsen sind. Das bedeutet:

- Die Forderungen nach besserer finanzieller Ausstattung der Krankenhäuser sind überfällig.
- Das Pflegepersonal muss besser bezahlt werden.
- Es braucht unbedingt mehr besser geschultes Personal.

Außerdem muss es an jeder Klinik eine gerontologische Abteilung mit geschultem ärztlichem und pflegerischem Personal geben, die mit allen Abteilungen eng zusammenarbeitet.

Gerade die Situation kranker Menschen mit Demenz ist nach Corona besonders belastend und herausfordernd. Sie verstärkt in der Öffentlichkeit wieder das Bild vom defizitären, hoch vulnerablen Alter, das viele Gerontolog\*innen bereits überwunden glaubten.

Weiter darf die Digitalisierung in der Pflege die Menschen in Krankenhäusern nicht vernachlässigen. Im Mittelpunkt muss immer der Mensch und nicht die Effizienzsteigerung der Abläufe stehen.

*Barbara Haas*

### Wir trauern um unseren Kollegen Walter Gengenbach

Fast sein ganzes Leben lang hat sich Walter Gengenbach in der GEW, insbesondere in der GEW Südwürttemberg engagiert.

Nun ist er mit 83 Jahren gestorben

Schon in den 70er Jahren war er als Junglehrervertreter aktiv, später war er Jahrzehnte im Bezirksvorstand SW aktiv, vor allem über die ganze GEW bekannt als Leiter der Bezirksrechtsschutzstelle. 1985 bis zu seinem Ruhestand 2003 hatte er den Vorsitz des Bezirkspersonalrats beim OSA Tübingen inne.

Bis 2019 war Walter Sprecher der Mitglieder im Ruhestand.

Martina Jenter-Zimmermann: „Walter Gengenbach bleibt uns als menschlicher, verlässlicher und aufrechter Gewerkschafter ein Vorbild. Wir werden uns mit Respekt und Dankbarkeit an ihn erinnern.“

AR



## Ein Rückblick

### Marie-Luise Allgaier-Schutzbach zu ihrem Jubiläum für 50 Jahre Mitgliedschaft in der GEW im Kreis Tuttlingen:

1970 machte ich mein Abitur am Wirtschaftsgymnasium in Villingen, ein Abitur auf dem damaligen Zweiten Bildungsweg. Mein Studium begann ich an der PH Freiburg im Herbst mit den Fächern Deutsch, Geschichte und Soziologie im Stufenschwerpunkt Hauptschule.

Schon im Wirtschaftsgymnasium war ich aktiv an der Organisation eines dreitägigen Schulstreiks mit sit-ins und abschließenden Demonstrationen (5000 Schüler aus Villingen, Schwenningen und St. Georgen) beteiligt. Es war nur logisch, dieses Wirken in der linken Studentenbewegung fortzusetzen. An der PH Freiburg trat ich dann der damals bestehenden „1972“ bei. Ein politisches Arbeiten war ohne diese große Solidargemeinschaft nicht denkbar!

Wir waren einige aus Rottweil, Tuttlingen und eine meiner besten Freundinnen aus Oberndorf leitete damals die Studentengruppe an der PH.

Nach dem Examen im Sommer 1974 hatten wir uns für eine erste Anstellung in Freiburg – was utopisch war! – oder wenigstens runter nach Lörrach oder hoch bis Offenburg beworben. „Gnadenlos“ wurden wir in den damaligen Schulamtsbezirk Rottweil zurückgeschickt.

Hier waren wir nun und beschlossen, in der GEW den AjLe (der damalige Ausschuss junger Lehrer und Erzieher) zu gründen. So einen gab es hier noch nicht! So hatten wir die Möglichkeit, die uns wichtig erscheinenden gewerkschaftlichen Themen vor Ort aktiv einzubringen. Auch auf Personalversammlungen

traten wir offensiv auf. Nicht jedem älteren Kollegen gefiel unser eindeutiges Eintreten für fortschrittliche Gewerkschaftsziele.

Wir als AjLE tagten in Rottweil, ich hatte den 2. Vorsitz inne. 1978 trat ich von dieser Funktion zurück, da ich den Platz für jüngere Kolleginnen und Kollegen freimachen wollte, die noch mit der Problematik der 2. Phase beschäftigt waren. Stattdessen brachte ich mich im Ortsverein Tuttlingen stärker ein und wurde dort Vorsitzende des im DGB-Haus neu gegründeten Arbeitskreises Schule – Gewerkschaft.

In meiner Zulassungsarbeit hatte ich mich mit dem Thema der Einflussnahme der deutschen Wirtschaft auf die Schulen beschäftigt, ich analysierte die Vorgehensweise der damaligen Arbeitskreise Schule-Wirtschaft, die regelmäßig in Bad Harzburg tagten.

Viele Sitzungen hielten wir mit der sehr engagierten damaligen DGB-Kreisvorsitzenden Marta Ebenhoch ab. Wir führten Betriebsbesichtigungen mit den dortigen Betriebsräten durch, luden den Sozialbetreuer der AWO für Ausländer zum Thema „Lage der ausländischen Schulkinder und Jugendlichen in Tuttlingen“ ein oder holten Hans Lambacher vom DGB Stuttgart zum Thema „Orientierung in Berufsfeldern – Kritik aus gewerkschaftlicher Sicht“; um einige Beispiele unserer Aktivitäten anzuführen. Lehrer der Gesamtschule Freiburg informierten uns über ihre Erfahrungen mit ihrer Schulart. Während der 1. Mai-Veranstaltung übernahmen wir die Kinderbetreuung und führten sogar ein Theaterstück für sie auf.

Später engagierte ich mich stärker im regionalgeschichtlichen Bereich. Mit anderen Kolleg\*innen gründeten wir einen „regionalgeschichtlichen Arbeitskreis“ und interviewten viele Gewerkschafter\*innen aus der Arbeiterbewegung, SPD und KPD, die damals Widerstand gegen die Nazidiktatur geleistet hatten und verfolgt wurden. 1985 wurden unsere Ergeb-

nisse im Evangelischen Gemeindehaus gezeigt. Mit vielen Helfern hatten wir eine umfangreiche Schau zusammengestellt.

*Marie-Luise Allgaier-Schutzbach*



Mit auf dem Foto ist Wolfgang Römmele zu sehen, auch geehrt für 50 Jahre Mitgliedschaft:

Wolfgang Römmele trat im Jahre 1972 in die GEW ein, übrigens auf Empfehlung von Wilhelm Bugge, er war damals Landtagsabgeordneter der CDU für den Kreis Tuttlingen und gleichzeitig Alterspräsident dieses Gremiums (sehr außergewöhnlich, wenn ein CDU-ler den Beitritt zur GEW empfiehlt). Wolfgang hat damals für die GEW einige Weiterbildungskurse in Technik gegeben. Er ist heute weiterhin künstlerisch engagiert, hat ein eigenes Atelier und hatte Ausstellungen in München und Heilbronn.

## Kurz notiert

### Atlas der Migration

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat einen neuen „Atlas der Migration“ herausgegeben. Im Vorwort von Dabiel Trochowski heißt es: „Mit diesem zweiten „Atlas der Migration“ legt die Rosa-Luxemburg-Stiftung eine komplette neue Ausgabe mit zahlreichen aktuellen Texten und Themen vor. Neben Länderbeispielen und einem Schwerpunkt auf Arbeitsmigration und Pflege widmen wir uns auch den Auswirkungen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine. Vierzehn Millionen Ukrainer\*innen haben seit dem Beginn des Krieges am 24. Februar Schutz vor dem Tod in und außerhalb der Ukraine gesucht. Und auch viele jun-

ge russische Männer fliehen nun vor der Einberufung durch die Regierung. Die wenigsten Menschen migrieren freiwillig. Migration hat viele Realitäten. Dieser Atlas soll all diejenigen unterstützen, die sich für eine Gesellschaft der vielen engagieren.“

*Erwin Trunk*

Adresse zur kostenfreien Bestellung und zum Download:

Rosa-Luxemburg-Stiftung  
Straße der Pariser Kommune 8A, 10243 Berlin  
[www.rosalux.de/atlasdermigration](http://www.rosalux.de/atlasdermigration)

### Tonnentauchen gegen Lebensmittelverschwendung

Sie könnten sich einen normalen Einkauf leisten – dennoch machen sich vielerorts seit mehr als zehn Jahren immer wieder kleinere Gruppen oder Einzelpersonen aus Überzeugung nachts auf zum Containern, zum Retten von Lebensmitteln aus Mülltonnen. Sie verstehen sich ganz bewusst als „rulebreaker“ und drücken so ihren Protest gegen die Lebensmittelverschwendung aus. Sie wissen, dass sie bestraft werden, wenn es zur Anzeige kommt, denn Müllfischen ist illegal. Auch Müll ist laut Gesetz Eigentum, so lange bis zur Abholung, und damit vor Diebstahl geschützt.

In Deutschland landen jährlich 12 Millionen Tonnen Lebensmittel im Müll, das ist etwa ein Drittel der Produktion. Die WHO schätzt 1,3 Milliarden Tonnen vernichteter Lebensmittel weltweit. 828 Millionen Menschen hungern. Angesichts dieser Zahlen ist es nur schwer zu begreifen, dass Vernichtung von Lebensmitteln straffrei, Rettung von Lebensmitteln Diebstahl und damit strafbar ist.

Erst vor kurzem mussten sich zwei junge Menschen vor dem Amtsgericht Ravensburg verantworten, weil sie überschüssige Lebensmittel retteten, die in Supermarktmülltonnen entsorgt worden waren. Sie verschenkten die Ware an Bedürftige. Den Angeklagten war der Prozess wichtig. Sie wollten öffentliche Aufmerksamkeit auf ihr Anliegen lenken. Und das zu recht, denn das Thema brennt. Und deswegen nehmen diese Vorkämpfer das Risiko saftiger Geldstrafen in Kauf. Wohl kann es dabei keinem Richter und keiner Richterin sein, wenn er/sie hier per Gesetz etwas bestrafen muss, das moralisch nach anderer Lösung verlangt. Es ist offensichtlich, dass Lebensmittel retten gut für Menschen und Klima ist. Containern darf kein Verbrechen sein. Es gehört die allgemeine Verschwendungssucht bekämpft. Auf demokratischem Wege sollte ein Lebensmittelwegwerfverbot erlassen werden, wie Frankreich und Tschechien es vormachen. Es könnte ein großes „foodsharing“ entstehen, wie es bereits einige kleinere Gruppen praktizieren, indem sie sich vernetzen und übrige Ware im Laden legal abholen. Auch das Tafel-Angebot, das bei uns nur auf freiwilliger Zusammenarbeit beruht, so dass keine gesetzliche Regelung als notwendig erachtet wird, könnte breit profitieren zugunsten aller Bedürftigen ohne Einschränkungen und Wartelisten.

Vergessen wir nicht: Nur 5 Prozent aller Lebensmittelabfälle fallen im Handel an, aber 60 Prozent beim Verbraucher. Wir sind alle gefordert. Und entsprechende politische Vorgaben würden gewiss hilfreich sein.

*Beatrix Boestel*

### Neue Studie: Ageismus – Altersbilder und Altersdiskriminierung in Deutschland

Zwei Professorinnen haben Altersbilder im Auftrag der Antidiskriminierungsstelle des Bundes untersucht. Was sie in einer Befragung von über 16-Jährigen festgestellt haben, wundert uns nur wenig: Als alt werden ältere Menschen von vielen schon ab 60 Jahren wahrgenommen, über 70-Jährige wurden von vielen deutlich älter geschätzt. Auch ihr Anteil in der Bevölkerung wurde höher vermutet. Noch deutlicher von ca. 81 Prozent der Befragten wurde der Anteil der in Pflegeheimen lebenden über 70-Jährigen geschätzt. Das sind nämlich lediglich 6 Prozent. Diesen Menschen werden von 69 Prozent der Befragten starke gesundheitliche Einschränkungen zugeschrieben, und ein Leben in Einsamkeit von 66 Prozent vermutet. Erschreckend ist die Aussage, dass die jungen Menschen sich von den Alten beim Klimawandel im Stich gelassen fühlen. Alte Menschen seien nicht innovativ, obwohl es ihnen möglich sei, im Alter geistig und körperlich fit zu bleiben und gelassen und besonnen durchs Leben zu gehen. Die Autorinnen empfehlen, dass öffentliche, zivilgesellschaftliche und privatwirtschaftliche Institutionen Angebote machen sollen, die differenziertere und komplexere Altersbilder fördern. Sie empfehlen einen eindeutigen Sprachgebrauch, die Förderung von Bildungsangeboten zu Themen des gesellschaftlichen Alterns, Umsetzung von Kampagnen, Schaffung von Erfahrungsräumen, in denen Alterserleben reflektiert und geplant werden kann, und generationenübergreifenden Austausch. Die neue Antidiskriminierungsbeauftragte Ferda Ataman fordert, den Begriff „Lebensalter“ in Artikel 3 des Grundgesetzes aufzunehmen, wie dies der DGB und die BAGSO schon lange tun. Außerdem schlägt sie vor, den starren Begriff des Rentenalters zugunsten einer flexibleren Regelung aufzugeben.

AR

Prof. Dr. Eva-Marie Kessler und Prof. Dr. Lisa Marie Warner im Auftrag der Antidiskriminierungsstelle des Bundes: Ageismus – Altersbilder und Altersdiskriminierung in Deutschland

### Pauschale Beihilfe

Uns erreichen derzeit viele Nachfragen auf das Schreiben des LBV zur Pauschalen Beihilfe. Wir weisen dazu auf den Beitrag von Martin Schommer im Aktiven Ruhestand 3-2022 Auch herunterladbar unter [gew-bw.de](http://gew-bw.de) und Publikationen; Suche nach „Aktiver Ruhestand“.

AR

### Seminar der GEW Südbaden 2022

#### „Suche nach einer Friedens- und Sicherheitsordnung nach dem Ukrainekrieg in Europa“

Als wir im Frühjahr 2022 dazu ein Tagesseminar in Donaueschingen für die Mitglieder im Ruhestand/Südbaden Ende Oktober 2022 planten, konnten wir nicht wissen, dass wir erschreckenderweise zum Tagungsdatum damit immer noch hochaktuell sein würden. Wahrscheinlich genauso verhält es sich mit der Veröffentlichung des Berichtes über das Seminar, denn ein Ende des Krieges ist nicht in Sicht.

Ich beschränke mich im Folgenden auf das, was der Referent Andreas Zumach, freier Journalist, vortrug. Er versuchte Wege aus der Eskalationsspirale der Waffenlieferungen aufzuzeigen: Der Krieg gegen die Ukraine ist ein verbrecherischer Angriffskrieg; das ist nicht in Frage zu stellen. Ein Ende dieses Krieges aber muss erreicht werden. Da ist das unendliche Leid der ukrainischen Zivilbevölkerung, da sind die Verletzten und toten Soldaten auf beiden Seiten, die Ressourcen, die für Waffen statt für die Eindämmung der Erderwärmung und des Hungers in der Welt ausgegeben werden, und so besteht die Gefahr einer Ausweitung des

Krieges bis hin zu einer atomaren Eskalation. Deshalb sind unbedingt viel mehr diplomatische Bemühungen als bisher notwendig; mehr als die Hälfte der Bevölkerung in Deutschland ist ebenfalls dieser Ansicht, wie Umfragen belegen. Andreas Zumach schlug als Möglichkeit vor, dass sich die UNO stärker engagiert und z.B. Antonio Guterres mit Vertretern des globalen Südens wie Indien, Südafrika und Brasilien sowohl nach Kiew als auch nach Moskau fährt. Auch eine diplomatische Einbindung Chinas hält er für einen Weg, da sich China in der Unterstützung Russlands sehr zurück hält.

Verhandlungen sind alternativlos. Je früher sie einsetzen, desto mehr Leid kann verhindert werden. Das bedeutet nicht, der Ukraine die Inhalte vorzuschreiben. Das war das Fazit seiner Ausführungen. Ausführlich wurden die Realisierungsmöglichkeiten in der anschließenden Diskussion erörtert, wobei der Referent Beispiele aus der Geschichte anführen konnte, wie schon in kleinen Schritten Erfolge und damit auch ein wenig Hoffnung zu erzielen waren.

*Isabell Kuchta-Papp*

## Seminare 2023

### Seminar „Neu im Ruhestand“

(wird ausgeschrieben im Bildungsprogramm der gba)

#### Lang ersehnt – und nun?

**Perspektivenwechsel nach dem Eintritt in den Ruhestand mit Barbara Haas vom 21. März, 15.30 bis 22. März 2023, 16 Uhr im Löchnerhaus auf der Insel Reichenau**

Für Kolleg\*innen in der GEW Baden-Württemberg, die sich seit Sommer 2022 im Ruhestand oder in der Rente, in einem Freistellungsjahr vor dem Ruhestand oder in der Freistellungsphase der Altersteilzeit befinden. Ausschreibung im Bildungsprogramm Herbst 2023 unter [www.gew-bw.de/veranstaltungen](http://www.gew-bw.de/veranstaltungen).

Im Seminar wird gemeinsam reflektiert, was die Teilnehmenden aus ihrem beruflichen, gewerkschaftlichen und privaten Leben mitbringen, was sich nun verändert hat und wo sie heute stehen, auch unter Berücksichtigung der Coronazeiten. Sie nehmen die eigenen Ziele und Wünsche für die Zukunft in den Blick und planen erste Schritte für ein langes erfülltes Altern. Die Frage ist: Was wollen wir in Zukunft tun – vielleicht auch in der GEW? Außerdem kommt die

Auseinandersetzung mit den neueren Erkenntnissen der Altersforschung über die vor uns liegende Phase unseres Lebens nicht zu kurz. Bedenkenswertes wie Verfügungen, Wohnformen, Nachbarschaftshilfe, Älterwerden in der Kommune u.a. wird angesprochen.

### Seminar „5 Jahre im Ruhestand – und nun?“

**mit Barbara Haas vom 25. Oktober 2023, 15.30 Uhr bis 26. Oktober 2023, 16 Uhr im Löchnerhaus auf der Insel Reichenau (wird ausgeschrieben im Bildungsprogramm der gba)**

Im Laufe der ersten Jahre des Ruhestands verändern sich die Ziele der älteren Menschen. Es ist also immer wieder an der Zeit, darüber nachzudenken, wie es weitergehen soll mit der Gestaltung des Alltags, dem freiwilligen Engagement, der Gesundheit und vielem anderen mehr.

Es steht daher in diesem Seminar ein Austausch über die vergangenen Ruhestandsjahre an sowie über den Standort in der Gegenwart. Zuletzt wollen wir reflektieren, wie es weitergeht, was wir dazu brauchen und wie wir mit dem zunehmenden Alter umgehen.

## Ausschreibung: Kochel am See

### Einladung zum Seminar in Kochel am See an alle interessierten Kolleginnen und Kollegen im Ruhestand

Zum diesjährigen Seminar laden wir alle Mitglieder im Ruhestand herzlich ein. Es findet wie jedes Jahr fünftägig in Kochel am See/Bayern in der Georg-von-Vollmar-Akademie statt.

**Das Seminar beginnt am Montag, den 15. Mai (Anreise bis 14.30 Uhr) und endet am Freitag, den 19. Mai 2023 um ca. 13.30 Uhr.**

Inhalte und die Referent\*innen:

#### Russland und der Krieg in der Ukraine

Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine ist völkerrechtlich eine Aggression und damit eines der schwersten internationalen Verbrechen. Nun sind wir in Europa seit Ende Februar 2022 mit einem sich abzeichnenden Zermübungskrieg konfrontiert, der zu Lasten der ukrainischen Bevölkerung geht und an Brutalität nicht mehr zu überbieten ist. Niemand weiß, wie lange der Krieg noch dauern wird und wie er beendet werden kann.

Wir wollen mit unserem Seminarthema Antworten finden auf folgende Fragen:

- Mit welchen historischen, politischen und ökonomischen Tatsachen lässt sich dieser Angriffskrieg erklären?
- Welche Ziele in der Ostpolitik verfolgten Deutschland und seine Natobündnispartner vor und dann in der Merkel-Ära mit entsprechenden Folgen?
- Wie ist aktuell die Rolle der Supermächte USA und China sowie der wichtigsten europäischen Akteure bei diesem Konflikt einzuschätzen und welche Ziele verfolgen sie?
- Welche Auswirkungen hat dieser brutale Vernichtungskrieg auf die Zivilbevölkerung und für die politische Zukunft in der Ukraine, aber auch auf die russische Bevölkerung?
- Gibt es für Putins Krieg nur eine militärische Lösung oder hat die Diplomatie noch eine Chance?

Wir haben kein einfaches Thema gewählt und in Diskussionen im privaten Bereich schon kontroverse Meinungen erfahren. Wir wollen es zusammen mit unserem Referenten Dr. Barth angehen und freuen uns über einen guten Gedankenaustausch.

**Prof.(em.) Dr. Barth**, Hochschule für angewandte Wissenschaften München

**Axel Döring**, pensionierter Revierförster Garmisch-Partenkirchen

**N.N., Vertreter\*in** der Mitglieder im Ruhestand in der GEW

Das Leitungsteam des Seminars Kochel:

Wally Gollwitzer, Heike Hauck und Sabine Hornung

#### Zielgruppe/Kosten:

GEW-Mitglieder, die noch nie an einem Kochel-Seminar teilgenommen haben (wird bei der Anmeldung abgefragt). In begründeten Einzelfällen wird die Zulassung einer Begleitperson geprüft, deren Eigenbeitrag 300 Euro beträgt.

Ansonsten wird für **Übernachtung** und **Verpflegung** ein Eigenbeitrag von 200 Euro über eine Sepa-Lastschrift, die vor Ort ausgefüllt wird, eingezogen. Fahrtkosten werden von der GEW nicht übernommen.

**Online-Anmeldung:** Dienstag 13.3. bis Dienstag 21.3. 2023

Bitte jede Person einzeln anmelden unter:

**<http://www.gew-bw.de/russland>**

Sollten nach Anmeldeschluss mehr als 30 Teilnehmer\*innen auf der Liste stehen, entscheidet ein **Losverfahren über die Teilnahme**.

**Zusagen/Absagen** werden ab dem 18. April 2023 in schriftlicher Form verschickt.

Bei einer **Absage ab dem 8. Mai 2023** müssen wir Stornokosten in Höhe von 50 Euro in Rechnung stellen, sofern sich kein Ersatz findet.

## In Planung:

### Eugen-Rombach-Tage 2023 vom 09.10. – 11.10 2023 im Forum Hohenwart, Pforzheim

Ausschreibung mit Programm erfolgt im Aktiven Ruhestand 2-2023 (Juni 2023), Anmeldung im September 2023



# Betreuungsrecht 2023

## Neu ab 2023: „Notfallvertretung“

**// 2021 wurde das Betreuungsrecht geändert: Im Regelfall soll nicht mehr das „Wohl“, sondern der „Wunsch“ der Betreuten im Mittelpunkt stehen (BGB § 1358). Damit wird das Selbstbestimmungsrecht gestärkt (es soll weniger „Fremdbestimmung“ stattfinden). Die Neuerungen gelten seit 1. Januar 2023. //**

Der wichtigste Punkt: „Ehegatt\*innen“ und damit auch eingetragene Lebenspartner\*innen, dürfen sich neuerdings im Notfall ohne Patientenverfügung oder Vollmacht gegenseitig vertreten und die Gesundheitsfürsorge für maximal sechs Monate übernehmen. Diese „Notfallvertretung“ in Gesundheitsangelegenheiten gilt dann, wenn der/die Partner\*in bewusstlos ist oder wegen Krankheit die eigenen Angelegenheiten rechtlich nicht regeln kann. Dann kann der/die Partner\*in beispielsweise für die erkrankte Person in ärztliche Behandlungen und Untersuchungen einwilligen, Behandlungsverträge abschließen oder auch über freiheitsentziehende Maßnahmen von kurzer Dauer entscheiden (beispielsweise kurzfristige Einweisung in die Psychiatrie).

Bisher war für die Vertretung in solchen Fällen stets eine gültige (Vorsorge-)Vollmacht oder eine Patientenverfügung erforderlich – fehlte sie, musste das Betreuungsgericht entscheiden. Das ist nach wie vor vielen Menschen unbekannt und brachte bisher immer wieder große Probleme mit sich, denn die große Mehrheit der Bevölkerung geht seit jeher ganz selbstverständlich davon aus, dass man im Notfall medizinische Entscheidungen für Ehe- oder Lebenspartner\*innen treffen kann.

Bestandteil der Neuregelung sind umfassende Schutzmechanismen, die einem Missbrauch entgegenwirken sollen. So ist eine Ehegattenvertretung zum Beispiel dann ausgeschlossen, wenn man zuvor einen entgegenstehenden Willen geäußert oder in einer Vorsorgevollmacht ausdrücklich eine andere Person zur Vertretung bevollmächtigt hat. Auch wenn die Ehegatten getrennt leben, besteht diese gesetzliche Vertretungsberechtigung nicht. Darüber hinaus ist durch eine Befristung des Ehegattenvertretungsrechts auf sechs Monate die Rechtsnatur als Notvertretungsrecht gewährleistet.

Übrigens: Wer verhindern möchte, dass der/die Partner\*in die „Notfallvertretung“ wahrnimmt, kann

dies förmlich regeln. So einen Wunsch kann man beispielsweise haben, wenn der/die Partner\*in schon zu alt ist, um sich noch wirklich darum kümmern zu können, und man deshalb sicherstellen möchte, dass im Notfall eine jüngere Person die Vertretung übernimmt. Dazu kann man einen Widerspruch gegen das gesetzliche Notvertretungsrecht in das Zentrale Vorsorgeregister der Bundesnotarkammer eintragen lassen;

**Adresse:** Mohrenstr. 34, 10117 Berlin, Telefon: 0800-35 50 500 (gebührenfrei),

**E-Mail:** [info@vorsorgeregister.de](mailto:info@vorsorgeregister.de);

**im Internet:** [www.vorsorgeregister.de/privatpersonen](http://www.vorsorgeregister.de/privatpersonen)  
Für Ärzt\*innen besteht ein entsprechendes Einsichtsrecht in dieses Register. Auf jeden Fall sollte man den\*die behandelnde\*n Ärzt\*in persönlich über diesen Widerspruch in Kenntnis setzen.

### Vollmachten und Verfügungen bleiben unentbehrlich

Diese begrüßenswerte Neuerung bedeutet keineswegs, dass damit Vorsorgevollmachten oder die Abfassung einer Patientenverfügung (beispielsweise die in der GEW-Vorsorgemappe vorgestellte Generalvollmacht oder die dort abgedruckte Musterverfügung) entbehrlich werden, denn diese „Notfallvertretung“ betrifft nur Gesundheitsangelegenheiten (sie erlaubt dem/der Partner\*in beispielsweise nicht, Behördengänge, Versicherungsangelegenheiten oder Bankgeschäfte zu besorgen), sie ist nur für den genannten Personenkreis wirksam und das auch nur für eine begrenzte Zeit. Dauert die Vertretungsnotwendigkeit länger (ist das also kein „Notfall“ mehr) oder sollen sich andere Menschen (beispielsweise Kinder, andere Angehörige oder nichteheliche Partner\*innen) um die erkrankte oder verunfallte Person kümmern, geht das – wie bisher – nur mit einer gültigen Vollmacht.

*Michael Rux*

# Trauriges Jubiläum: 50 Jahre Berufsverbote und immer noch kein Ende



Die Fakten sind bekannt: 1972 beschloss die SPD-FDP-Regierung unter Willy Brandt den Radikalenerlass, die Länder setzten ihn in der Folge um, ohne dass ihre parteipolitische Zusammensetzung eine Rolle spielte. Die Berufsverbote, die sich daraus ergaben, haben Laufbahnen unterbrochen, zu teils massiven Einkommensverlusten geführt, die sich heute in der Rente nochmal gravierender bemerkbar machen, und sie haben in durchaus mehr als nur Einzelfällen Beziehungen zerstört, ja ganze Familien, einzelne Betroffene in die psychische Erkrankung geführt. Fakt ist auch, dass der Radikalenerlass beim Bund und in den Ländern längst aufgehoben wurde, auf Bundesebene Ende der 70er Jahre noch unter Helmut Schmidt, bei den Ländern bis spätestens 1991, als Bayern als letztes Bundesland davon abrückte.

Als sich am 25. Oktober 2022 in Stuttgart Betroffene und Unterstützer\*innen zu einer Kundgebung trafen,

ging es um mehr als nur die weitgehend bekannten Fakten. Denn auch nach den 90er Jahren, nach dem Ende von Radikalenerlass und Regelanfrage, können Beamte von einem de-facto-Berufsverbot betroffen sein. In Baden-Württemberg musste das Michael Czaszkóczy erleben, der 2004 nach dem Referendariat unter dem Verweis auf fehlende Verfassungstreue nicht als Lehrer eingestellt wurde und sich gerichtlich durch die Instanzen seine Einstellung im Jahr 2007 erkämpfen musste.

So ganz ist die Regelanfrage übrigens nicht verschwunden. Bayern (!) praktiziert sie bereits seit geraumer Zeit, wenn es um Einstellungen in den Polizeidienst und um Richter und Staatsanwälte geht. Und wie in alten Zeiten geht es dabei um die nebulösen Zweifel an der Verfassungstreue, die nicht an die Mitgliedschaft in einer politischen Vereinigung oder bereits aktenkundige Straffälligkeit gebunden sind.

Es kommt noch schlimmer, darauf weisen die meisten Redner\*innen auf der Kundgebung hin. Das Land Brandenburg (die derzeitige Regierungskoalition ist rot-schwarz-grün!) plant nicht nur eine eingeschränkte Regelanfrage, wie sie Bayern praktiziert, es hat zurzeit ein „Gesetz zur Verbesserung des Schutzes der Beamtenschaft in Brandenburg vor Verfassungsgegnern“ in Arbeit, das bei allen Beamtenanwärt\*innen einen „Verfassungstreue-Check“, so der umgangssprachliche Begriff, vorsieht.

Die Situation in Baden-Württemberg mit einem einst selbst vom Radikalenerlass bedrohten Ministerpräsidenten, der sich nicht für die Betroffenen einsetzt, macht sie wütend. Sie forderten auf einem großen Transparent: „Aufarbeitung! Entschuldigung! Rehabilitation! Entschädigung!“ Sind die ersten drei vielleicht ein bisschen mehr Streicheleinheiten für die Seele (abgesehen von ihrer Bedeutung für die Geschichte dieses Landes natürlich!), so geht es bei der Entschädigung um die ganz konkrete finanzielle Wiedergutmachung von erlittenem Unrecht durch den Staat. Winfried Kretschmann sagte im SWR-Interview vom 17. Januar 2022 <sup>(1)</sup> nicht nur: „Ich war Maoist“. Er erklärte auch: „Mit dem Professor Turner hatten wir einfach Glück.“ Damit meinte er den ehemaligen Präsidenten der Universität Stuttgart-Hohenheim, der sich für den von Nichteinstellung ins Referendariat bedrohten Kretschmann direkt beim Kultusministerium eingesetzt hatte.



Wann, Herr Ministerpräsident, zeigen Sie endlich Ihre Solidarität mit all denen, die dieses Glück nicht hatten, weil sie anderswo studierten, und lassen dieser Solidarität auch konkrete Taten folgen? In seiner Gruß-Ansprache an die Kundgebungsteilnehmer\*innen brachte Kai Burmeister, DGB Landesvorsitzender, den Verdacht des Aussitzens ins Spiel. Man könnte auch vom Warten auf eine „biologische Lösung“ sprechen. Ein hässlicher Verdacht...

*Joachim Wagner*

<sup>(1)</sup> <https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/interview-mit-ministerpraesident-winfried-kretschmann-zum-radikalenerlass-100.html>

## Nachtrag:

Am 19. Januar 2023 und kurz vor Redaktionsschluss ist in der Online-Ausgabe der Badischen Zeitung <sup>(1)</sup> zu lesen, dass MP Kretschmann in einem offenen Brief „die damalige Praxis als unverhältnismäßig, insbesondere diejenige in Baden-Württemberg“ bezeichnet. Die Betroffenen hätten, so die Badische Zeitung weiter, „zu Unrecht durch Gesinnungs-Anhörungen, Berufsverbote, langwierige Gerichtsverfahren, Diskriminierungen oder auch Arbeitslosigkeit Leid erlebt.“

Es tut gut, das zu lesen. Weniger gut tut, dass Kretschmann im selben Atemzug aber auch vom „Tunnelblick“ der Betroffenen und von ihrer „verblendeten Weltsicht“ schreibt. Einfach zu sagen, dass die da-

malige Politik ein Riesenfehler war, den man heute nur zutiefst bedauern könne, das kann Kretschmann noch nicht. Von Entschädigungszahlungen ist gleich gar nicht die Rede. Der erste Schritt ist anzuerkennen. Weitere müssen aber folgen.

<sup>(1)</sup> <https://www.badische-zeitung.de/kretschmann-nennt-radikalenerlass-unverhaeltnismaesig--237942183.html#downloadpaper>

# Sand im Getriebe der Welt sein...

Erhard Jöst, in Heilbronn lebender promovierter Germanist, Schriftsteller, Kabarettist und Gymnasiallehrer i. R. ist vielen von uns Älteren noch im Gedächtnis: „Und fehlt der Pfaffensegen dabei, / Die Ehe wird gültig nicht minder“ – dieser Zweizeiler aus Heinrich Heines „Deutschland - Ein Wintermärchen“ in Jöst's Hochzeitsanzeige am 22.11.1980 in der Tauber-Zeitung führte, veranlasst durch den stramm rechten Kultusminister Mayer-Vorfelder, 1981 zu Disziplinarverfahren, Probezeitverlängerung sowie ‚Strafversetzung‘ des Junglehrers von Bad Mergentheim nach Heilbronn und sorgte bundesweit für Schlagzeilen.

Jöst hat nun unter dem Titel „Der Mützenbaum. Erzählungen und Kurzgeschichten. Artikel und Satiren“ in der edition Spinoza (Heidenheim) einen Band herausgebracht, der nebst Vorwort und Nachwort 45 Texte enthält, die ein buntes Kaleidoskop an Themen aufspannen. Sie reichen vom Hochmittelalter („Neidharts Gastspiel“) über Till Eulenspiegel („Eulenspiegels Beschiss“), die Schriftsteller Ludwig Pfau („Der Revolutionär Ludwig Pfau“) und Theodor Körner („Ein ‚Heldendichter‘“) über Krieg und Frieden, Auf- und Abrüstung bis hin zu den ‚Berufsverboten‘ und, damit verbunden, zu verschiedenen Ebenen des Widerstehens und der Zivilcourage in unterschiedlichen Zeiten der deutschen Geschichte. Gespeist werden die Prosa-, aber auch in Dialogform gefassten Texte zum einen aus autobiografischen Ereignissen als auch aus dem fachwissenschaftlichen Fundus des Autors als Germanist und Historiker, zum anderen sind es fiktionale Texte, die immer wieder von der großen Freude des Autors am Fabulieren zeugen. Auch die Mitgliedschaft Jöst's im Heilbronner Kabarett „Die

GAUwahren“, das er im Jahr 1988 gründete, bildet sich in vielen Texten des Bandes ab: Das unbändige Vergnügen Jöst's am Humor, an Ironie und Satire, am zuspitzenden Formulieren, am manches Mal ins Absurde reichenden Parlieren prägt die meisten Texte. Gleichwohl: Bei aller Leichtigkeit dieser Schreibweisen behauptet das Buch seinen dezidiert politischen Duktus, und in manchen Texten schwingt ein gerüteltes Maß an (berechtigter) Bitterkeit des Autors ob der erfahrenen Anfeindungen und Ausgrenzungen mit. In Texten wie etwa „Fehlender Pfaffensegen. Die Folgen eines Heine-Zitats“, aber auch in anderen ist dies besonders spürbar, vornehmlich dann, wenn eklatante Demokratiedefizite und engstirnige Kleingeistigkeit, vor allem im Zusammenhang mit dem Radikalenerlass, Gegenstände des Berichteten bzw. Erzählten sind.

Auch wenn man nach der Lektüre des Büchleins versucht ist – mit Heinrich Heine – zu sinnieren: „Denk ich an Deutschland in der Nacht / Dann bin ich um den Schlaf gebracht“ (Heine: Nachtgedanken), ist Jöst's Textsammlung dennoch ein Lesevergnügen, eine letztlich optimistische Aufforderung an uns Zeitgenoss\*innen: „Seid unbequem, seid Sand, nicht das Öl im Getriebe der Welt“ (Günter Eich: Träume).

*Roland Jost*

Erhard Jöst (2022): Der Mützenbaum. Erzählungen und Kurzgeschichten. Artikel und Satiren. edition Spinoza. Heidenheim.  
169 Seiten  
ISBN 978-3-922589-79-2

# Aus den Eugen-Rombach-Tagen 2022

Prof. Dr. Michael Butter „Verschwörungstheorien: Formen – Funktionen - Folgen“

Seit dem Beginn der Coronakrise kann man eine Zunahme von Verschwörungstheorien in Deutschland beobachten. Im Jahr 2020 landete der Begriff „Verschwörungstheorie“ sogar auf dem dritten Platz zum Wort des Jahres. Es ist Zeit, sich mit diesem Phänomen näher zu beschäftigen. Idealer Ansprechpartner zu diesem Thema ist Michael Butter, Professor an der Universität Tübingen für Amerikanistik mit dem Forschungsschwerpunkt Verschwörungstheorien.

## Was ist eine Verschwörungstheorie?

- Nichts geschieht durch Zufall (die Verschwörungstheorie unterstellt ein bewusstes, durch eine Gruppe gesteuertes Vorgehen).
- Nichts ist so, wie es scheint (hinter den Geschehnissen steckt ein geheimer Plan).
- Alles ist miteinander verbunden (es werden weitreichende und komplexe Zusammenhänge hergestellt, die keine reale Grundlage haben).

Die Ausgangsfrage einer Verschwörungstheorie lautet: „Cui bono?“ - Wem nutzt es? Entsprechend werden Indizienketten rückwärts entworfen und nicht Passendes wird passend gemacht. Bereits zu Beginn wissen Verschwörungstheoretiker, wer die Schuldigen sind. Gerne wird dazu auch eine scheinbar wissenschaftliche Beweisführung mit entsprechender Sprache bemüht.

## Warum glauben Menschen an Verschwörungstheorien?

Verschwörungstheorien dienen oft zur Linderung von Macht- und Kontrollverlust und sind häufig eine (vereinfachte) Antwort auf gesellschaftliche Probleme und Ängste. Sie bieten einfache Narrative für eine komplexe und sich wandelnde Welt. Der oder die Wissende hebt sich aus der Masse heraus, da er oder sie ja etwas verstanden hat, was viele andere nicht verstanden haben.

Häufig werden auch Feindbilder konstruiert, gegen die sich die Verschwörungstheorie richtet und gegen die sich die Gemeinschaft verbündet.

## Wer ist besonders empfänglich für Verschwörungstheorien?

Menschen sind besonders empfänglich für Verschwörungstheorien, wenn sie sich machtlos fühlen und schlecht mit Unsicherheit und Ambivalenz umgehen können.

Studien besagen, dass Männer, Menschen mit niedrigerem Bildungsgrad und Ältere tendenziell empfänglicher sind für Verschwörungstheorien als Frauen, Menschen mit höherem Bildungsgrad und jüngere Menschen.

## Sind Verschwörungstheorien gefährlich?

Viele Verschwörungstheorien sind relativ harmlos. Es gibt jedoch auch Verschwörungstheorien, die zu Problemen führen können:

- Sie können Katalysatoren für Polarisierung und Gewalt sein, da sie eine bestimmte Gruppe für alles „Böse“ verantwortlich machen. Diejenigen, die an sie glauben, können sich verpflichtet fühlen, gegen diese Gruppe (der für dieses „Böse“ scheinbar Verantwortlichen), deren Einrichtungen oder Vertreter, vorzugehen.
- Wenn etabliertes medizinisches Wissen in Frage gestellt wird, bringen Anhänger dieser Theorien sich, ihre Kinder und unter Umständen ihre Mitmenschen in Gefahr.
- Menschen, die davon ausgehen, dass Politiker von irgendwelchen Hintermännern gesteuert werden, ziehen sich entweder völlig aus dem demokratischen Prozess zurück oder sind anfällig für Populismus.

## Wie kann man auf Verschwörungstheorien reagieren?

Grundsätzlich sollte man immer versuchen im Gespräch zu bleiben und damit einen Prozess der Selbstreflexion auszulösen. Das kann zu einem langen, anstrengenden Weg werden. Im Zweifel ist es notwendig, sich professionelle Hilfe, z.B. durch Beratungsstellen zu holen.

Hilfreich sind auch Bildung und Aufklärung, möglichst bereits an den Schulen. Je gebildeter Menschen sind, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie an Verschwörungstheorien glauben. Zudem hilft es, Menschen konkret über Verschwörungstheorien aufzuklären. Menschen, die sich mit den Mechanismen auskennen, sind weniger anfällig für solches Denken.

*Marion Will*

Michael Butter ist Herausgeber des Buches „Nichts ist, wie es scheint“.

Empfehlenswerte weiterführende Links:

- Leitfaden Verschwörungstheorien ([https://conspiracytheories.eu/\\_wp-content/uploads/2020/04/COMPACT\\_Guide\\_Deutsch-2.pdf](https://conspiracytheories.eu/_wp-content/uploads/2020/04/COMPACT_Guide_Deutsch-2.pdf))
- Verschwörungstheorien – eine Publikation zur Aufklärung und Aufarbeitung ([https://www.bayern.landtag.de/fileadmin/publikationen/Forum\\_Antworten\\_Verschwoerungstheorien\\_210406\\_barrierefrei.pdf](https://www.bayern.landtag.de/fileadmin/publikationen/Forum_Antworten_Verschwoerungstheorien_210406_barrierefrei.pdf))

## Brauchen wir ein Gesetz zur Mitwirkung älterer Menschen?

Die Haltung des DGB dazu ist klar - gesetzliche Mitwirkung von Seniorinnen und Senioren ist dringend notwendig! Sowohl auf Bundesebene als auch auf Landesebene Baden-Württemberg gibt es dazu einstimmige Beschlüsse. Der DGB bezieht sich dabei auf Artikel 25 der Europäischen Grundrechtecharta: „Die Union anerkennt und achtet das Recht älterer Menschen auf ein würdiges und unabhängiges Leben und auf Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben.“

Als Gewerkschaften wissen wir, dass gesetzliche Regelungen der Mitwirkung und Mitbestimmung wie das Betriebsverfassungsgesetz und das Personalvertretungsgesetz neben den gewerkschaftlichen Kampfmitteln unabdingbare Grundlage sind für die Wahrung der Rechte von Arbeitnehmer\*innen.

In den Bundesländern Hamburg, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen gibt es bereits Gesetze, die die Mitwirkung älterer Menschen regeln, in Bayern ist ein solches Gesetz in der Anhörung, im Saarland ist es in der Vorbereitung.

In Baden-Württemberg fehlt bisher die Diskussion in den Parteien. Der baden-württembergische Landes-

seniorenrat, die Dachorganisation der als Vereine auf kommunaler Ebene agierenden Seniorenräte, hat beschlossen ein solches Gesetz „zunächst nicht weiter zu verfolgen“. Warum?

Ein Hauptgrund für die Ablehnung ist die derzeitige Praxis in den Bundesländern, die bereits über ein solches Gesetz verfügen. Prof. Dr. Thomas Klie vom Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung beschreibt am Beispiel von Berlin die geringe Beteiligung der Betroffenen. So schreibt der Berliner Tagesspiegel am 14.4.22:

„Es ist ein enttäuschendes Ergebnis. Bei den jetzt ausgezählten Wahlen zu den bezirklichen Seniorenvertretungen haben sich noch einmal weniger Menschen beteiligt als bei der vorangegangenen Wahl 2017“. Beispielsweise waren es in Tempelhof-Schöneberg 4,1 Prozent der Wahlberechtigten, in Neukölln 4,72 Prozent, in Reinickendorf 4,98 Prozent, in Steglitz-Zehlendorf 7,31 Prozent.

Die Gründe hierfür sind vielfältig. So beklagt ein Vertreter der Landesseniorenvertretung Berlin vor allem die mangelnde Unterstützung durch die Berliner Ver-

waltung. Weder gab es in den Bezirken eine öffentliche Kandidatenvorstellung noch wurde eine Broschüre mit den Kandidatinnen und Kandidaten zusammen mit der Wahlbenachrichtigung versandt. Es gab zu wenige Wahllokale, aus der Landespolitik gab es keine öffentliche Werbung. Die gesamte Arbeit wurde von Ehrenamtlichen ohne finanzielle Unterstützung getragen. Dies alles sind Bedingungen, die nicht hinnehmbar sind. Es mangelt an entsprechenden gesetzlichen Regelungen und Ausführungsbestimmungen für die Verwaltung. Aber es sind keine Gründe, die gegen die Forderung für ein Mitwirkungsgesetz sprechen. Schlecht gemachte Gesetze muss man reformieren. Baden-Württemberg hat die Chance aus den Erfahrungen anderer Bundesländer zu lernen und es besser zu machen.

Es ist unbestritten – was die Ehrenamtlichen in den Vereinen in Baden-Württemberg erreicht haben, kann sich sehen lassen. Sie haben die besondere Situation älterer Menschen ins öffentliche Bewusstsein gebracht, sie haben in vielen Bereichen auf seniorenrechtliche Lösungen hinwirken können und von vielen Kommunen und auf Landesebene erhalten sie finanzielle Unterstützung. Sie können damit wirksam arbeiten. Gerade in Baden-Württemberg gibt es damit beste Voraussetzungen dafür, das Erreichte auf sichere Füße zu stellen und die Mitwirkung von älteren Menschen gesetzlich abzusichern.

*Hildegard Klenk  
Arbeitskreis Senior\*innenpolitik DGB Mannheim*

## Mooratlas 2023 – Daten und Fakten zu nassen Klimaschützern

Die Heinrich-Böll-Stiftung hat in Kooperation mit dem BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.) und der Michael Succow Stiftung, Partner im Greifswald Moor Centrum, eine Broschüre über die Wichtigkeit von Mooren für den Klimaschutz herausgegeben. Die Broschüre erläutert in 20 kurzen, gut verständlichen Artikeln die Wichtigkeit der Erhaltung und Wiedervernässung der Moore. Obwohl nur etwa drei Prozent der Landflächen weltweit Moore sind, speichern sie fast doppelt so viel Kohlenstoff wie die Biomasse aller Wälder auf der Erde. Schon allein diese Vorstellung lässt erahnen, wie wichtig Moore für den Klimaschutz sind. „Unser Mooratlas 2023 beleuchtet nicht nur die Folgen der Zerstörung einzigartiger Lebensräume, sondern zeigt die Potenziale nasser Moore für den Klimaschutz und Strategien für ihre Nutzung...“ (aus dem Vorwort der Broschüre, Seite 7)

### **Bestell- und Download-Adressen:**

Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstraße 8, 10117

Berlin, [www.boell.de/mooratlas](http://www.boell.de/mooratlas)

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.,

Kaiserin-Augusta-Alle 5, 10553 Berlin, [www.bund.net/mooratlas](http://www.bund.net/mooratlas)

Michael Succow Stiftung, Partner im Greifswald

Moor Centrum, Ellernholzstraße 1/3, 17489 Greiss-

wald, [www.succow-stiftung.de/mooratlas](http://www.succow-stiftung.de/mooratlas)

Der Mooratlas kann bei der Heinrich-Böll-Stiftung

auch im Klassensatz für den Unterricht bestellt

werden.



*Erwin Trunk*



[www.gew-bw.de](http://www.gew-bw.de)